

CDU: Nummern an Ruhebänken geben Rettungsdiensten bessere Orientierung

Die Bergkamener CDU-Fraktion hat jetzt zwei Anträge der JU und der Senioren Union vom jüngsten Parteitag in die offizielle politische Diskussion gebracht. Bei einem geht es darum, dass jede Ruhebank im Stadtgebiet eine Nummer erhalten soll, die in Notfällen von den Rettungsdiensten schnell lokalisiert werden kann. In dem zweiten Antrag geht es darum, die Stellen auf öffentlichen Verkehrsflächen aufzulisten, und für deren Beseitigung zu sorgen, bei denen Rollstuhlfahrer oder Eltern mit Kinderwagen in Schwierigkeiten geraten könnten, .

Die Vorsitzende des Bergkamener Senioren Union Rosemarie Degenhardt hat bei der Forderung nach einer Nummerierung einen konkreten Vorfall vor Augen, der sich vor einigen Jahren auf den Bergehalden abgespielt hatte. Ein Mann hatte sich damals so schwer verletzt, dass er nur mithilfe der Rettungsdienste das Gelände verlassen konnte, um anschließend ärztlich behandelt zu werden. Mit seinem Handy konnte er zwar die Feuerwehr alarmieren, den Rettungskräften konnte er aber nicht sagen, wo er sich genau befand.

Zwar hatte der RVR vor einigen Jahren dieses Problem erkannt, dass für alle Halden des Ruhrgebiets gilt. Es wurden auch schon Schilder, die eine Ortung im unwegsamen Gelände ermöglichen sollen, präsentiert. „Geschehen sei aber dann nichts mehr“, sagte CDU-Stadtverbandsvorsitzender Marco Morten Pufke.

Bei dem zweiten Antrag für eine größere Barrierefreiheit auf den Gehwegen hat die Junge Union bereits eine gewisse Vorarbeit geleistet. Ihr Vorsitzender Tobias Hindemitt berichtete von zwei Ampeln, die mitten auf dem Gehweg postiert

sind. Eine steht auf der Südseite der Jahnstraße in der Nähe der Kuhbachstraße. Hindemitt wies darauf hin, dass dort Rollstuhlfahrer und auch Kinderwagen diese Stelle nur passieren könnten, wenn sie auf die die Fahrbahn ausweichen würden.

Die CDU ist überzeugt, dass es im Stadtgebiet eine Menge solcher gefährlichen Stellen gibt. Nun erwartet sie nicht, wie Pufke betonte, dass jetzt ein Gutachter bestellt wird. Ausreichend sei es, wenn die damit befassten Mitarbeiter der Verwaltung ihre Augen offen hielten, die Gefahrenstellen auflisteten und anschließend die zuständigen Behörden darüber mit der Bitte informieren würden, die Gefahrenstellen zu beseitigen.

Beide Anträge will die CDU nach der Sommerpause die zuständigen Ausschüssen und dem Stadtrat vorlegen.